

Jahresprogramm der Entwicklungszusammenarbeit des Landes Südtirol 2017

Einleitung

Für die europäische Entwicklungszusammenarbeit ist 2017 ein entscheidendes Jahr, da der neue „Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik“ definiert wird und damit neue Ziele und Richtlinien für die Entwicklungszusammenarbeit festgelegt werden. Die europäische Staatengemeinschaft hatte sich bereits mit der Verabschiedung der „Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung“ zu diesen Zielen und Werten bekannt.

Aufgrund der fortdauernden internationalen Krisen, vor allem im Nahen Osten und Nordafrika sowie in Ländern südlich der Sahara, sieht sich die Staatengemeinschaft mit Herausforderungen konfrontiert, die neue Antworten fordern. Krisengebiete wie Syrien und Irak aber auch der Südsudan und die Zentralafrikanische Republik fordern ein rasches Eingreifen der internationalen Gemeinschaft mittels Bereitstellung von humanitärer Hilfe, um die Not der leidtragenden Bevölkerung zu mindern. Auch Südtirol hat sich dieser Verantwortung nicht entzogen und hat mit einer Sonderausschreibung zur Unterstützung von entwicklungsorientierten humanitären Projekten im Jahr 2016 einen wichtigen Beitrag geleistet. Die Projekte werden derzeit umgesetzt und tragen dazu bei, die wichtigsten Bedürfnisse zu befriedigen.

Trotz anhaltender Krisen und den damit verbundenen Hilfsleistungen ist es jedoch auch wichtig, Projekte und Programme in den für das Land Südtirol strategisch zentralen Ländern wie Burkina Faso, Uganda, Tansania, Nepal, Afghanistan, Libanon fortzusetzen, die eine nachhaltige Entwicklung fördern und somit einen wichtigen Beitrag zur Vorbeugung von Krisen und den damit oft eng verbundenen Migrationsbewegungen zu leisten. Der Aufbau von langfristigen territorialen Partnerschaften und die Durchführung von multisektoriellen Programmen haben sich in der Vergangenheit besonders bewährt. Aber auch die Stärkung der Zivilgesellschaft und der Demokratisierungsprozesse sowie der Eigenverantwortung der Partnerländer sind von großer Bedeutung.

Eine immer wichtigere Rolle zur Bekämpfung der Armut im Süden der Welt kann auch der Einbeziehung aller lokaler Akteure, darunter dem Privatsektor, zukommen. Die Erfahrung in den letzten Jahren zeigt, dass die Schaffung von Synergien zwischen verschiedenen Akteuren, wie Klein- und Mittelunternehmen, Non Profit Organisationen und Nichtregierungsorganisationen, und somit ein

gemeinsames systemisches Handeln zu positiven Ergebnissen in der Entwicklungspolitik geführt haben. Immer lauter fordern auch unsere Partner im globalen Süden, dass Akteure des Privatsektors in der Entwicklungszusammenarbeit mehr eingebunden werden, da sie für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ausschlaggebend sind.

Im Zuge der Ausarbeitung des neuen Landesgesetzes zur Entwicklungszusammenarbeit wird der Rolle Rechnung getragen, die sämtliche Akteure in Südtirol einnehmen können: Organisationen, Lokalkörperschaften, die Universität, Privatpersonen, Stiftungen oder Unternehmen, die sich von den Prinzipien der Unternehmerischen Sozialverantwortung (Corporate Social Responsibility) und der Zusammenarbeit leiten lassen. Ziel ist ein gemeinsames systemisches Auftreten und Agieren der verschiedenen Akteure, um somit zur Gestaltung einer gerechteren ökosozialen Weltordnung einen Beitrag zu leisten.

Die Förderung von Maßnahmen für ein integratives und nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum allein reicht jedoch nicht. Notwendig sind auch Initiativen für eine gerechtere Aufteilung der verfügbaren Ressourcen, eine kohärente Handelspolitik, die Unterstützung der Demokratisierung und des Schutzes der Menschenrechte, aber auch die Verbesserung der Widerstandsfähigkeit von Entwicklungsländern hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels, eine Reduzierung des Katastrophenrisikos sowie eine konkrete Umsetzung der Ziele im Bereich der Umwelt- und Klimaschutzpolitik auf internationaler Ebene.

Der im Jahr 2017 veröffentlichte Jahresbericht der Organisation Oxfam zeigt, wie dramatisch die weltweite soziale Ungleichheit ist und in welchem Ausmaß sie weiter zunimmt: Die acht reichsten Männer der Welt besaßen im Jahr 2016 zusammengenommen 426 Milliarden US-Dollar und damit mehr als die gesamte ärmste Hälfte der Weltbevölkerung (3,6 Milliarden Menschen mit insgesamt 409 Milliarden US-Dollar). Der Bericht „An Economy for the 99 Percent“ zeigt weiter auf, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung 50,8 Prozent des weltweiten Vermögens besitzt – und damit mehr als die übrigen 99 Prozent zusammen. Umgekehrt besitzt die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung nur einen Bruchteil von einem Prozent (0,16%) des weltweiten Vermögens. Neun von zehn der weltweit führenden Großunternehmen sind in mindestens einer Steueroase vertreten. Entwicklungsländern gehen auf diese Weise in jedem Jahr mindestens 100 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen verloren. Es ist Aufgabe der Politik, die Anliegen der Bevölkerungsmehrheit über die Interessen der Superreichen und multinationalen Konzerne zu stellen und dafür zu sorgen, dass Steueroasen trockengelegt werden. Eine neue Gestaltung des Wirtschafts- und Finanzsystems ist dringend notwendig, damit alle profitieren.

Hierzu kann auch Südtirol einen kleinen Beitrag leisten. Im Bereich der Bewusstseinsbildung sollen Diskussionsrunden die Zusammenhänge zwischen Produktionsmodellen und Klimawandel oder Konsumverhalten und Ernährungssicherheit aufzeigen. Mit der Reform der Südtiroler Entwicklungszusammenarbeit, dem Ausbau bereits bestehender territorialer

Partnerschaften in Hinblick auf eine gemeinsame Entwicklung, mit Hilfe der vielen in Südtirol tätigen Organisationen und aller Akteure, auch der Privatwirtschaft, kann Südtirol einen neuen zielführenden Weg Richtung nachhaltigeres und zukunftsfähigeres Wirtschaften aufzeigen.

Die Mittel und Aufgabenfelder unserer Entwicklungszusammenarbeit

Für das Haushaltsjahr 2017 stehen im Mehrjahreshaushalt des Landes 3.825.000,00€ zur Verfügung und somit ein annähernd gleicher Betrag wie 2016. Aufgrund des harmonisierten Haushalts und der buchhalterischen Vorschriften, die seit 2016 in Kraft sind, sowie aufgrund der Tatsache, dass die Projekte nicht innerhalb des Jahres, in dem sie genehmigt werden, abgeschlossen werden können, wurde ein Teil der Ressourcen für 2017 mit der Genehmigung der Projekte im Jahr 2016 bereits zweckgebunden. Dies bedeutet, dass die effektive Verfügbarkeit für 2017 2.350.224,00 € beträgt.

Budget 2017	Betrag, der für Projekte der Organisationen sowie direkte Projekte, die im Jahr 2016 genehmigt wurden mit Zweckbindung auch auf das Jahr 2017	Verfügbarkeit 2017
3.825.000,00 €	1.474.776,00 €	2.350.224,00 €

	Finanzierungen/Ausgaben 2017	davon Haushalt 2017	davon Haushalt 2018
JÄHRLICHE AUSSCHREIBUNG IM BEREICH ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT UND MINDERHEITENSCHUTZ	1.983.022,00 €	1.300.000,00 €	683.022,00 €
TERRITORIALE PARTNERSCHAFTEN DES LANDES SÜDTIROL IM BEREICH ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT/MINDERHEITEN	597.282,00 €	509.167,00 €	88.115,00 €
AUSSCHREIBUNG FÜR ORGANISATIONEN IM BEREICH BEWUSSTSEINSBILDUNG UND GLOBALES LERNEN	441.057,00 €	441.057,00 €	
VORHABEN DES LANDES IM BEREICH BEWUSSTSEINSBILDUNG UND GLOBALES LERNEN	111.180,00 €	100.000,00 €	11.180,00 €
TOTALE	3.132.541,00 €	2.350.224,00 €	782.317,00 €

Diese Finanzplanung kann Änderungen unterliegen.

Grundsätzlich werden die Projektmittel 2017, wie in den vorherigen Jahren, im gesamten Leistungsspektrum der Südtiroler Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt. Zum einen also zur Unterstützung von Entwicklungsprojekten der Südtiroler Organisationen in den Schwerpunktpartnerländern in Afrika und im Nahen Osten und in Asien, Lateinamerika und Osteuropa, sowie für Bewusstseinsbildungsprojekte in Südtirol. Zum anderen werden die Partnerschaftsprogramme des Landes fortgeführt und neue Programme erarbeitet, und zwar mit der Euregio, der Europäischen Union oder mit Finanzierung der italienischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit. Das Land Südtirol hilft auch in Katastrophenfällen oder Konfliktsituationen und stellt Mittel für humanitäre Notstandsmaßnahmen bereit.

Für 2017 ist auch die Umsetzung und der Abschluss der Projekte geplant, die in der zweiten Hälfte des Jahres 2016 im Rahmen der Sonderausschreibung für humanitäre Projekte im Nahen Osten und in Afrika südlich der Sahara genehmigt wurden. Auch die Projekte in den großen Flüchtlingscamps im Libanon und in Jordanien, die infolge des Bürgerkrieges in Syrien und Irak entstanden sind, werden weitergeführt und abgeschlossen.

Die Zielsetzungen der Entwicklungszusammenarbeit des Landes Südtirols für die kommenden Jahre beziehen sich auf die 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030, die von den Vereinten Nationen im September 2015 genehmigt wurden. Anders als bisher sind alle Nationen, sowohl im Norden als auch im Süden der Welt, aufgefordert, sich für eine nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung, für die Armutsbekämpfung, Reduzierung der Ungleichheit, den Schutz der Menschenrechte, die Vorbeugung von Konflikten und Unterstützung von Friedensprozessen einzubringen.

Entwicklungszusammenarbeit

Förderung der Entwicklungsprojekte der Organisationen – Alljährliche Ausschreibung 2017

Projektvorschläge können von den Organisationen und Körperschaften ohne Gewinnabsicht, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, eingereicht werden. Für die Förderung der Projekte der Organisationen kommen die überarbeiteten Förderkriterien, welche am 10.11.2015 mit Landesregierungsbeschluss Nr. 1275 genehmigt wurden, zur Anwendung. 2016 wurde ein neuer Leitfaden für den Abschlußbericht und für die Rechnungslegung für Projekte der Bewusstseinsbildung sowie für Projekte zur Entwicklungszusammenarbeit veröffentlicht. 2017 wird zudem ein Rundschreiben mit zusätzlichen Erläuterungen ausgearbeitet.

Für die Finanzierung dieser Vorhaben kann im Bezugsjahr ein Gesamtbetrag in der Höhe von rund 1.983.022,00 €, davon 1.300.000,00 auf dem Haushalt 2017 und der Restbetrag auf dem Haushalt 2018, bereitgestellt werden. Gemäß der jährlichen Programmierung des zuständigen Amtes entspricht die Unterstützung der Projekte der Organisationen einem Budgetanteil von rund 60% des vom

Landeshaushalt für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellten Betrages.

Innerhalb Jänner 2017 wurden 64 Projektvorschläge eingebracht (im Jahr 2016: 77) und zwar von 44 Non Profit-Organisationen mit Rechtssitz oder einem operativen Sitz in Südtirol.

Das Hauptziel dieser Vorhaben ist die Armutsbekämpfung durch die Förderung der Aus- und Fortbildung, die Unterstützung von Einkommen schaffenden Maßnahmen und die Abdeckung der Grundbedürfnisse der Empfänger in den Partnerländern und Krisengebieten.

Die Projektvorschläge für folgende Länder eingereicht:

- **Afrika:** Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Kamerun, Kenia, Kongo, Mosambik, Tansania, Togo, Uganda;
- **Zentralamerika:** Nicaragua;
- **Südamerika:** Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Mexico, Peru;
- **Asien:** Indien, Indonesien, Myanmar, Nepal, Thailand;
- **Mittelmeerraum und Naher Osten:** Marokko, Tunesien, Libanon, Israel;
- **Osteuropa:** Bosnien-Herzegowina, Moldawien.

Die Bewertung der Projektvorschläge ist Aufgabe des zuständigen Amtes für Kabinettsangelegenheiten der Abteilung Präsidium und Außenbeziehungen, das für die Entwicklungszusammenarbeit zuständig ist. Die Überprüfungs- und Bewertungsphase sollte bis Mai diesen Jahres abgeschlossen sein. Nach Genehmigung der Finanzierungsbeiträge können die Vereinbarungen mit den Trägerorganisationen und Einrichtungen abgeschlossen werden.

Strategien und Public-private Partnerschaften für ein inklusives und nachhaltiges lokales Wirtschaftswachstum

80% der Bevölkerung in Afrika leben von der Landwirtschaft und einer Subsistenzwirtschaft, die es nicht schafft, den Bedürfnissen einer ständig wachsenden Bevölkerung gerecht zu werden sowie den Produktionsüberschuss zu nutzen, zu verarbeiten und zu vermarkten. Investitionen und internationale Partnerschaften, die vom Land und seinen Partnern im Süden der Welt begleitet werden, können dazu beitragen, eine Entwicklung in Gang zu setzen, die sozial und umweltverträglich ist und zur Bekämpfung von Armut und Unterernährung, zu Nahrungsmittelsicherheit, Beschäftigung und Bekämpfung von Landflucht und Migration beiträgt.

Im laufenden Jahr will das Amt für Kabinettsangelegenheiten für eine strategische Zusammenarbeit zwischen der Entwicklungszusammenarbeit und der Südtiroler Privatwirtschaft eintreten, um ein nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum eines benachteiligten Gebiets in einem oder mehreren Partnerländern des Landes in Afrika zu fördern (z.B. in Uganda, Äthiopien, Tansania, Burkina Faso).

Für das laufende Jahr beabsichtigt das Amt für Kabinettsangelegenheiten daher die Veröffentlichung einer Ausschreibung in Zusammenarbeit mit IDM Südtirol für die Beteiligung von Südtiroler Unternehmen an Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit des Landes. Eine engere Zusammenarbeit wird vor allem in der Landwirtschaft und Lebensmitteltechnologie sowie in damit eng verbundenen Bereichen (Landwirtschaftstechnologien und Biodiversität, Lebensmittelsicherheit, Innovation in den Lebensmitteltechnologien, Vermarktung, Wasserversorgung, nachhaltige Energien) angestrebt. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen Territorien mit der Teilnahme verschiedener Akteure der Wirtschaft und der Entwicklungszusammenarbeit für eine bessere und nachhaltigere Wirkung der Initiative zu stärken. Die Ausschreibung wird sich dabei am nationalen Gesetz zur Entwicklungszusammenarbeit Nr. 124/2015 orientieren.

Die Details der Ausschreibung werden im Laufe des Jahres veröffentlicht, 2017 soll ein Pilotprojekt finanziert werden.

Entwicklungsorientierte humanitäre Projekte im Nahen Osten und Afrika

Aufgrund der dramatischen Entwicklung im Nahen Osten und der Nahrungsmittelkrisen in den Ländern südlich der Sahara hat das Land 2016 eine zusätzliche Ausschreibung für Projekte durchgeführt.

Mit den Beschlüssen der Landesregierung Nr. 741 vom 5. Juli 2016 und Nr. 1100 vom 18. Oktober 2016 wurden die Sonderausschreibung und die Kriterien für die Finanzierung von Projekten zugunsten der Bevölkerung in Krisengebieten genehmigt sowie 1.600.000,00€ für die Jahre 2016 und 2017 bereitgestellt.

Innerhalb der Frist vom 1. September wurden 24 Projekte eingereicht, 23 Projekte wurden mit Dekret des Abteilungsdirektors Nr. 19398/2016 genehmigt. Die Vereinbarungen wurden am 9. November 2016 geschlossen und die Projekte befinden sich derzeit in Umsetzung.

Die Projekte tragen dazu bei, schwierige Situationen aufgrund von Konflikten zu überwinden, das tägliche Leben der Menschen in den Flüchtlingszentren zu erleichtern, Kinder und Jugendlichen Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten, die Lebensmittelsicherheit zu garantieren sowie Unterernährung zu bekämpfen.

14 Projekte werden in Afrika umgesetzt. Ostuganda, Sudan, Südsudan, Äthiopien und Burkina Faso sind von einer außerordentlichen Dürre oder von Überschwemmungen betroffen.

Im Südsudan und in der Zentralafrikanischen Republik haben Kämpfe hunderttausende Menschen in die Flucht getrieben. Das Land führt mit der lokalen Caritas in Norduganda Maßnahmen durch, um Konflikte friedlich zu lösen. Andere Initiativen betreffen Frauen in der Arbeitswelt, rückkehrende Flüchtlinge, die Landwirtschaft, Bildung sowie das Gesundheitswesen.

Auch im Nahen Osten und im Mittelmeerraum (Syrien, Irak, Libanon, Tunesien) werden Projekte im Bereich Bildung für Flüchtlinge, Gesundheitsversorgung, Schutz und Unterstützung von Opfern von Gewalt – vor allem Frauen und Kinder – sowie sicheres Einkommen unterstützt. Ein Pilotprojekt unterstützt die Rückkehr und Wiedereingliederung von senegalesischen Migranten.

Drei Projekte werden in Syrien umgesetzt. Ein Projekt des Vereins Amici dei Bambini Ai.Bi versorgt ca. 1.800 Vertriebene nördlich von Aleppo mit Nahrungsmitteln. Ein Projekt der Caritas Bozen-Brixen unterstützt 1.800 Familien in der Region Al-Jazeera. Die Nichtregierungsorganisation GVC Onlus unterstützt den Zugang zu Bildung von ca. 1.900 Schülern.

Zwei Projekte werden in Palästina umgesetzt. Das Projekt von CTM Altromercato unterstützt 88 Frauen im Flüchtlingscamp von Jericho mit dem Ziel, die Couscous-Produktion zu stärken. Das Projekt von Friedensbrücken Neumarkt unterstützt im Bezirk Hebron Familien, die ihre Felder aufgeben mussten.

Andere Projekte sehen Initiativen zur Ausbildung von Vertriebenen im irakischen Kurdistan in Erbil und Kirkuk vor. Im Rahmen einer Partnerschaft mit Kobane, die der Landtag mit Beschlussantrag 663/2016 am 15. September 2016 genehmigt hat, unterstützt das Land den Wiederaufbau einer Frauenakademie, und zwar den ersten Stock, der ein Ort der Begegnung sein soll und Platz für Handwerkstätigkeiten bietet.

Durch ein weiteres Projekt, das vom Land unterstützt wird, konnten im Januar durch die Organisation „Un ponte per...“ Hilfspakete an die Familien verteilt werden, die Mosul, Irak, verlassen haben, als die irakische Armee die Stadt angriff, um sie vom Islamischen Staat Daesh zu befreien. Die Initiative fällt in das Projekt „Darna“ (unser Haus), das die Organisation „Un ponte per...“ mit Sitz in Bozen dank Unterstützung durch die Südtiroler Landesverwaltung und die Kirchengemeinschaft der Waldenser umsetzen kann. Die Hilfspakete umfassen einen Grundstock an Hygieneprodukten und Decken und bei Bedarf auch einen Feldkocher für eine Rückkehr der Vertriebenen in ihre Häuser. Die Unterstützung des Landes für die Familien aus Mosul ist ein erster Schritt, um eine schwierige Rückkehr nach Hause zu ermöglichen. Das Projekt läuft über ein Jahr und hat zum Ziel, 30.000 Personen in den Flüchtlingscamps zu unterstützen. Neben der humanitären Hilfe soll auch eine medizinische und psychologische Unterstützung geboten werden.

Territoriale Partnerschaften des Landes Südtirol

Neben den Vorhaben, die von den Organisationen getragen und mit Fördermitteln des Landes durchgeführt werden, setzt das Land Südtirol in verschiedenen Partnerländern auch direkt Entwicklungsprojekte und –programme um. Häufig geht es hier um Programme, die von öffentlichen und privaten Entwicklungseinrichtungen (Euregio, Italienische Agentur für Entwicklungszusammenarbeit, Europäische Union, Stiftung Cariplo, usw.) mitfinanziert werden und um Maßnahmen, die unseren vorrangigen Zielsetzungen und zentralen Kompetenzen des Landes sowohl im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, als auch der Förderung der Friedensbestrebungen und des internationalen Minderheitenschutzes entsprechen.

Rund 25% der zur Verfügung stehenden Landeshaushaltsmittel werden für die direkten Projekte/territorialen Partnerschaften des Landes verwendet. Dazu kommen fallweise Finanzmittel anderer Institutionen und Einrichtungen wie der Italienischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit, der Europäischen Kommission (EuropeAid) oder anderer Institutionen. Für das 2017 ist für direkte

Maßnahmen vorläufig ein Budget von rund 597.282,00 € mit Zweckbindungen für die Jahre 2017 und 2018 vorgesehen.

Für die Projekte, die das Land Südtirol direkt ausführt oder jene, die das Land Südtirol den Organisationen oder Körperschaften zur Durchführung überträgt, werden die Finanzierungskriterien angewandt, welche mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1438 vom 26.09.2011 festgelegt wurden.

Das Land wird im nächsten Triennium seine territorialen Partnerschaften mit den Schwerpunktländern Uganda, Tansania, Burkina Faso und Nepal weiterführen. Ebenso fortgesetzt werden auch territoriale Partnerschaften mit den Kapverden, Bosnien Herzegowina, Ecuador und der tibetischen Minderheit in Indien. Im Folgenden Teil werden die Partnerschaften unterteilt nach Kontinenten kurz beschrieben:

AFRIKA

Burkina Faso

Im April 2016 hat die Koordinatorin des dreijährigen Programms Südtirol/FAO/Dori, das vom Außenministerium über die FAO kofinanziert wurde, einen Lokalaugenschein in Dori unternommen, um das Programm abzuschließen. Die steigende Instabilität der Region Sahel infolge des Konflikts in Mali, terroristische Aktivitäten und zwei Staatsstrieche (2014 und 2015) und die damit verbundene Verschlechterung der Sicherheit hatten Auswirkungen auf das Programm. Der Lokalaugenschein diente auch dazu, das neue zweijährige Projekt im Rahmen der Initiative Fondazioni for Africa Burkina Faso einzuleiten.

Nach Abschluss des dreijährigen Programms der dezentralen Entwicklungszusammenarbeit in der Gemeinde Dori in der Region Nordsahel, das vom Land Südtirol, der FAO und der Gemeinde Dori umgesetzt und durch das Ministerium für Äußeres und internationale Entwicklungszusammenarbeit über die FAO finanziert wurde, wurde vom Amt für Kabinettsangelegenheiten mit den lokalen Partnern und der Stiftung Cariplo ein weiteres Programm zum Ausbau der Wasserversorgung in der Region Sahel (Dori) und Süd-Ost (Dorf Bapla-Nanè) ausgearbeitet. Das Projekt wurde vom Verein der Stiftungen und Sparkassen ACRI genehmigt. Es sieht den Ausbau der Systeme zur Versorgung mit Trinkwasser und mit Wasser zur Bewässerung im Gartenbau sowie die Planung einiger Piloteinheiten zur Mikrobewässerung vor. Zudem sollen Initiativen umgesetzt werden, die die public-private Partnership fördern. Das zweijährige Projekt wird von ACRI über die Initiative Fondazioni for Africa Burkina Faso (FFA-BF) kofinanziert. Mit Dekret Nr. 19658/2016 hat das Land die Einnahmen der Kofinanzierung von ACRI über die Initiative Fondazioni for Africa Burkina Faso über 100.000,00 € für zwei Jahre festgestellt und die Zweckbindung eigener Mittel von 160.000,00 € auf die Haushalte 2017, 2018 und 2019 veranlasst.

Für die Umsetzung des Projekts wurde eine Vereinbarung zwischen dem Amt für Kabinettsangelegenheiten und dem Verein Freunde von Burkina Faso aus Brixen geschlossen.

Ziel des neuen Programms ist es auch, Möglichkeiten für Synergien zwischen der Entwicklungszusammenarbeit und der Internationalisierung der Südtiroler Privatwirtschaft zu überprüfen. Seit ungefähr 15 Jahren arbeitet das Amt für Kabinettsangelegenheiten in der dezentralen Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen Wasser und Landwirtschaft mit einigen Südtiroler Unternehmen zusammen.

Seit 2014 unterstützt das Land Südtirol in Burkina Faso außerdem ein fünfjähriges Projekt, das in Zusammenarbeit mit der „Union Fraternelle des Croyants“ und der Diözese Koudougou durchgeführt wird. Das Projekt sieht den Bau von Brunnen und Ausbildungskurse zur Umwelterziehung in den Schulen der Sahel-Region und in der Region Mitte-Ost vor, mit einer Ausgabe von rund 31.000 € mit Zweckbindung auf das Budget 2017/2018.

Zusammenarbeit im Rahmen der Euregio in Uganda und Tansania

Gemäß einer im Jahre 2010 und 2014 getroffenen Entscheidung des Dreierlandtags der Länder Südtirol, Nordtirol und dem Trentino wird seit sechs Jahren ein Partnerschaftsprogramm zwischen der Europaregion sowie den Bezirken von Rakai, Masaka, Bukomansimbi und Kalungu in Uganda sowie Missenyi in Tansania als südliche Partner, durchgeführt.

Ziele des Programms sind der Kampf gegen die Armut anhand von Initiativen, die eine nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung in diesem grenzüberschreitenden Gebiet fördern. Projekte, die zur Ernährungssicherheit und der lokalen wirtschaftlichen Entwicklung beitragen und Initiativen im Bereich der Wasserversorgung sowie im Bereich des Waldschutzes sollen vorrangig unterstützt werden. Das Entwicklungsprogramm wurde in Bezug auf den finanziellen Beitrag des Landes Südtirol vom Land – Amt für Kabinettsangelegenheiten - gemeinsam mit verschiedenen technischen Ämtern des Bezirks Missenyi und in Zusammenarbeit mit Kolping Tansania durchgeführt.

Aufgrund der Aussage der Landeshauptleute der drei Länder der Europaregion in einer gemeinsamen Sitzung in Brüssel im Dezember 2015 soll das Programm unter dem Titel EEALIP „Euregio East Africa Livelihood Improvement Transborder Programme“ ab März 2017 für weitere drei Jahre fortgesetzt werden. Die Umsetzung erfolgt dabei durch die Partner vor Ort, die Organisationen MADDO (Masaka Diocesan Development Organisation), Kolping Tansania, Bezirksbehörde Misseny District und KADDRO (Kayanga Diocesan Development and Relief Organization) in Zusammenarbeit mit der Europaregion.

Hauptziel des weiterführenden ländlichen Entwicklungsprogramms bleibt die nachhaltige Verbesserung des Lebensstandards der Menschen und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung vor allem durch den Schutz der natürlichen Ressourcen der Region im Sinne der Ziele der Post-2015-Entwicklungsagenda und zwar in erster Linie des Ziels 1 (Beendigung der Armut), Ziels 2 (Förderung der Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft) und des Ziels 15 (Schutz/Wiederherstellung der Landökosysteme und Förderung ihrer nachhaltigen Nutzung, Nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder, Bekämpfung der

Wüstenbildung, Beendigung der Bodendegradation und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen).

Länderübergreifende Maßnahmen überwiegend im landwirtschaftlichen Bereich stehen in dieser neuen Programmphase im Mittelpunkt. Bereits im Jahr 2016 werden daher vordergründig Maßnahmen unterstützt, welche die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern sollen. Die im Zeitraum 2015-2016 bereits ergriffenen Maßnahmen zur Unterstützung der Anpassungsfähigkeit der Dorfgemeinschaften an Klimaschwankungen und deren Auswirkungen sollen fortgeführt werden. Insbesondere betrifft dies Initiativen zum Schutz der Wälder Munene und Minziro (Aufforstung, Baumschulen, Landschaftsschutz) und Einkommen schaffende Maßnahmen (Kauf von Kleintieren), welche angesichts der zunehmenden Entwaldung Alternativen für die lokale Bevölkerung zum Verkauf von Holz schaffen sollen.

Ein weiterer Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stellt die tierärztliche Kontrolle von Rindern und Kleintieren sowie die Durchführung von gemeinsamen Impfkampagnen zur Vorbeugung von Tierkrankheiten (z.B. Schweinefieber) dar. Zur Unterstützung der tierärztlichen Kontrolle der Tiere aber auch um Landwirten in den verschiedensten Bereichen mit Know How und konkreten Lösungen für die wechselnden Probleme der Landwirtschaft zur Seite zu stehen, sollen sogenannte landwirtschaftliche Beratungsstellen in den ländlichen Gebieten renoviert und mit Gerätschaften (z.B. für Labor) ausgestattet werden. Diese Zentren haben eine Schlüsselrolle in der technischen Beratung und Schulung für die Landwirte und mit Hilfe von sogenannten Modellbetrieben sollen Kenntnisse zum Ackerbau, Waldschutz, Tierhaltung, nachhaltige Nutzung der Agrobiodiversität, Bodenverbesserung usw. vermittelt werden. Ein besonders Augenmerk wird auf die technische Ausbildung von Jungbauern geworfen. Ebenfalls sollen sie besseren Zugang zu verbessertem Saatgut sowie Kleinvieh als Startkapital für ihre Betriebe erhalten.

Ein weiteres Vorzeigeprojekt, das für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit steht, ist der Aufbau eines Gemeinschaftszentrums in der Grenzstadt Mutukula, das gemeinsam von der ugandischen sowie auch der Bevölkerung Tansanias genutzt werden soll.

Die zur Zeit laufende Ausarbeitung des Raumordnungsplans für die Stadt Mutukula wird im Laufe des Jahres abgeschlossen und eventuell noch ausstehende Maßnahmen werden gemeinsam mit den lokalen Technikern definiert. Ebenfalls werden Initiativen im Bereich der Abfallwirtschaft fortgeführt.

Weiters soll eine engere Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Schul- und Forschungszentren Laimburg, San Michele und Rotholz mit spezifischen Fortbildungsprogrammen für technische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aufgebaut werden. 2017 ist dazu ein Austauschbesuch (12-köpfige Delegation) in die Europaregion geplant.

Ebenso wird in der Region vor Ort zwischen den teilnehmenden Distrikten und somit auch den zwei Nachbarstaaten Uganda und Tansania ein verstärkter Wissensaustausch stattfinden. Dies wird auch dadurch gewährleistet, dass das weiterführende Programm ein gemeinsames und einheitliches Programm aller Distrikte und der Europaregion darstellt.

Entsprechende Öffentlichkeitsarbeit über gegenseitige Besuche von Experten und Expertinnen und politischen Funktionsträgern, Vorträge, Filme, eine Wanderausstellung, sowie Tagungen zu spezifischen Themen sollen dieses innovative Programm der regionalen Entwicklungszusammenarbeit auch in der Europaregion für die breite Bevölkerung erfahrbar machen. Im Juni 2017 ist ein World Café zum Thema Klimawandel und Strategien zur Anpassung an die Auswirkungen der Klimaschwankungen geplant, wo die Teilnahme der Delegationsmitglieder aus Uganda und Tansania vorgesehen ist.

Für das Programm ist ein jährlicher Beitrag von 99.489,00€ für das Jahr 2017, ein Beitrag von 91.109,00€ für das Jahr 2018 und 111.350€ für das Jahr 2019 vorgesehen. Der Gesamtbeitrag beträgt somit 301.948,00€;

Partnerschaftsprogramm zwischen dem Bezirk Gulu und dem Land Südtirol

Seit November 2008 läuft ein Partnerschaftsprogramm zwischen dem Land Südtirol und dem Bezirk Gulu im Norden Ugandas, welches Maßnahmen im Bereich Weiterbildung und Landwirtschaft enthält. Darunter fallen die Unterstützung von Schulbauten und Bildungsprogrammen, die Informationstätigkeit zur Stärkung des Bewusstseins hinsichtlich der Bedeutung von Bildung, die Bereitstellung von Geräten und Materialien für die Berufsschule Lalogi, sowie die Unterstützung der Kleinbauern durch die Bereitstellung von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln sowie Beratung und Weiterbildung zu neuartigen Produktionsmethoden.

Auch im Jahr 2017 setzt man in Zusammenarbeit mit der Caritas Gulu und der Universität Gulu wie bereits in den vergangenen zwei Jahren auf die Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion und der Erschließung von neuen Märkten. Mit einer Reihe von Weiterbildungsaktivitäten zu innovativen Produktionsmethoden, dem Ankauf von Geräten für Mehrzweckproduktionsstätten (z.B. Mühlen und Verpackungsmaschinen, Geräte für die Herstellung von Karité Butter oder die Verarbeitung von Reis), die Schaffung von Gruppen von Herstellern und Verkäufern für mindestens drei landwirtschaftliche Produktionen sowie die Umsetzung der Marketing-Strategien soll das Einkommen der Kleinbauern gesteigert werden. Aufgrund der Auswirkungen der Klimaschwankungen auf die Landwirtschaft werden weiterhin Aufforstungsmaßnahmen unterstützt. Die Errichtung von Baumschulen mit mindestens 20.000 Setzlingen und entsprechende Ausbildungen zu Boden- und Wasserschutz zur Stärkung der Resilienz der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sind geplant. Ebenfalls werden sog. Spar- und Kreditgruppen sowie der Aufbau von mindestens drei Genossenschaften mit gezielten Ausbildungs- und Begleitmaßnahmen unterstützt. Die

Gesamtausgabe für das Vorhaben beträgt 99.989€ mit Zweckbindung auf den Haushalt 2016/2017.

Noch ausstehende Initiativen, welche unter der Leitung der Universität von Gulu durchgeführt werden wie z.B. der Ankauf von Gerätschaften zur Honig- und Hühnerproduktion, werden im I.J. abgeschlossen.

Zusammenarbeit zwischen dem St. Mary's Hospital Lacor von Gulu, dem Sanitätsbetrieb Bozen und dem Land Südtirol

Im Jahr 2005 ist ein erstes Partnerschaftsabkommen zwischen dem Land Südtirol, dem Sanitätsbetrieb Bozen und dem St. Mary's Hospital in Gulu – Uganda, abgeschlossen worden. Das St. Mary's Krankenhaus ist für die medizinische Behandlung ein wichtiger Bezugspunkt für die gesamte Region, auch weit über die Grenzen Ugandas hinaus. Das Abkommen mit Südtirol sieht die Unterstützung für die Errichtung neuer medizinischer Fachabteilungen, sowie die Mitfinanzierung eines Austauschprogramms für das medizinische Personal der beiden Krankenhäuser und somit für die Ausbildung des medizinischen aber auch technischen Personals des Krankenhauses vor. Im Jahr 2010 wurde das Partnerschaftsabkommen auf weitere fünf Jahre verlängert und Primar Prof. Armin Pycha vom Krankenhaus Bozen zum medizinischen Projektkoordinator ernannt. Im Jahr 2016 wurde eine weitere Verlängerung um fünf Jahre beantragt.

Die Projekte, mit denen das Land Südtirol das Krankenhaus von Lacor seit 2006 unterstützt hat, beinhalteten die Stärkung der urologischen Abteilung, eines histologischen und zytologischen Dienstes, den Ausbau und die Verbesserung der Chirurgie, des diagnostischen Dienstes und die Stärkung der orthopädischen Abteilung. Seit dem Jahr 2011 hat das Land Südtirol den Ankauf und die Installation einer Fotovoltaikanlage für die autonome Energieversorgung der Operationssäle und der Notaufnahme des Krankenhauses Lacor mitfinanziert. Im Jahr 2013-2015 hat das Land drei Projekte für den Ankauf und die Installation von Solarpanelen unterstützt, um die Versorgung mit elektrischer Energie für die lebenswichtigen Notfalldienstleistungen des Krankenhauses bei Stromausfällen des nationalen Netzes zu garantieren. Dies v.a. um die laufenden Kosten des Krankenhauses dank der Nutzung von erneuerbaren Energien, auch im Sinne des Umweltschutzes zu senken. In den Jahren 2016-2018 will das Land dieses Projekt weiterhin unterstützen, um eine 50% Autonomie in der Stromversorgung des Krankenhauses zu erreichen und somit den ökologischen Fußabdruck eines der größten Krankenhäuser im Land zu verringern. Die kostengünstige und sichere Stromversorgung ist auch ein Ziel im Strategieplan 2012-2017 des Krankenhauses Lacor. Die geplante Ausgabe beläuft sich für den Jahreszeitraum 2016- 2018 auf 193.500,00 €, davon wurden 74.500,00 € im Jahr 2016 genehmigt und jeweils 59.500,00 € für 2017 und 2018 eingeplant.

Der Personalaustausch mit medizinischem und technischen Personal wird weiter geführt. 2016 haben eine Krankenpflegerin und ein Elektriker ein Praktikum am Krankenhaus Bozen durchgeführt, um ihre Kompetenzen zu stärken. Prof. Pycha und Dr. Mian haben zu Jahresende im Rahmen einer Dienstreise Know How in den Bereichen Urologie und Diagnostik ausgetauscht. Während seines

Aufenthaltes konnte Prof. Pycha die Wirksamkeit der Initiativen im Bereich der erneuerbaren Energien bestätigen.

Im Jahr 2017 wird der Personalaustausch weitergeführt. Die vom Land zu tragenden Kosten für den Personalaustausch sind in den obgenannten Ausgaben des Partnerschaftsprojektes inbegriffen.

Kapverden

Die Schüler der Oberschule für Landwirtschaft Auer haben 2016 auf Kap Verde ihr geplantes Betriebspraktikum absolviert. Die Praktika fanden an einer Berufsschule für Lebensmittelverarbeitung, am staatlichen landwirtschaftlichen Versuchszentrum und in einigen kapverdischen Betrieben statt. Außerdem hat ein kapverdischer Student der Fakultät Agrarwissenschaften und Umweltmanagement der Universität Bozen während eines dreimonatigen Aufenthalts auf der Insel Santiago Strategien für die verbesserte Nutzung des knappen Beregnungswassers im Anbau von Bananen entwickelt. Ein weiterer Studentenaustausch fand im Herbstsemester 2016/2017 an der Universität Bozen statt, wobei ein Student der Universität von Kapverden Kurse im Bereich Agrarwissenschaft absolviert hat. Der Student wird seine Abschlussarbeit über den Anbau von Erdbeeren verfassen. Er hat aufgrund der sehr positiven Erfahrung an der Universität Bozen Interesse gezeigt, an einem Masterkurs zur „Horticultural Science“ teilzunehmen, der von der Universität Bologna in Zusammenarbeit mit der Universität Bozen abgehalten wird. Das Land überprüft die Möglichkeit, ein Rahmenabkommen mit der Universität Bozen zu erneuern, das die Grundlagen schafft, Lehrstipendien für Studenten aus dem Ausland und eventuell auch für Studenten mit Migrationshintergrund, die sich in Südtirol aufhalten, zu finanzieren.

Im Herbst 2017 werden weitere Schüler der 4. Klasse ausgewählt, um ein Praktikum in Kapverden zu absolvieren. Es ist eine enge Zusammenarbeit mit der Agrarschule in Sao Jorge vorgesehen. Auch kapverdische Schüler sollen ein Praktikum in Südtirol absolvieren.

Nachdem die Schülerorganisation "Operation Daywork" für 2017 ein Projekt in Kap Verde ausgewählt hat, hat die Schülergruppe der Oberschule für Landwirtschaft beschlossen, dieses zu begleiten.

Tansania

In Sansibar wird das Amt für Kabinettsangelegenheiten 2017 ein Projekt des Gesundheitsministeriums unterstützen, das zum Ziel hat, die Zusammenarbeit mit den traditionellen Heilern bei Diabetes und Bluthochdruck zu verbessern. Die Heiler sollen eine Ausbildung erhalten, die es ihnen ermöglicht, zur Vorbeugung und Früherkennung dieser Krankheiten beizutragen. Es handelt sich um ein Pilotprojekt, das in anderen Regionen Afrikas repliziert werden kann.

NAHER OSTEN

Afghanistan

Afghanistan ist für das Land Südtirol aufgrund der hohen Armutsrate und politischer Unruhen weiterhin ein Schwerpunktland. Seit 2001 hat das Land Südtirol verschiedene Initiativen im Gesundheitsbereich und in den Bereichen Grund- und Oberschulbildung sowie Berufsausbildung zugunsten der betroffenen Bevölkerung unterstützt. 2016 wurde eine neue Vereinbarung mit einem der Partner der Südtiroler Entwicklungszusammenarbeit, der afghanischen Organisation Shuhada, zur Unterstützung des Bildungssektors geschlossen. Bereits im Jahr 2003 wurde in Jaghori in der Provinz Ghazni gemeinsam ein Kinderheim errichtet. Die neue Zusammenarbeit sah den Wiederaufbau einer der ältesten Schulen in der Provinz Daikundi vor. Die Oberschule "Sang-e-mom" in der Hauptstadt Nili umfasst 20 Klassenzimmer für 1.700 Studenten von der 1. bis zur 12. Stufe. Aufgrund der fehlenden Räumlichkeiten studieren die Studenten zurzeit im Freien oder in Zelten. Es handelt sich um eine Bubenschule, wobei im selben Gebiet bereits Mädchenschulen bestehen. Ein gemischter Unterricht an derselben Schule ist derzeit noch nicht möglich. 2016 wurde ein Großteil der Bauarbeiten durchgeführt, nach dem Winter werden sie nun in Kürze abgeschlossen.

Palästina

Das dreijährige Projekt der Nichtregierungsorganisation GVC „T.U.R.B.O. – Tubas Rural Business Opportunities and social innovation“, an dem sich das Amt für Kabinettsangelegenheiten als Partner beteiligt, wurde von der Italienischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit (Agenzia Italiana per la Cooperazione allo Sviluppo) genehmigt. Das Projekt soll dazu beitragen, im Bezirk Tubas im Westjordanland Zukunftschancen für die Bevölkerung zu schaffen. Dazu sollen unter anderem öffentliche Einrichtungen im Umgang mit Menschenrechtsverletzungen, Frauenrechten und dem Prinzip der Guten Verwaltung geschult werden, Infrastrukturen wie Straßen und Wasserzisternen geschaffen und Wirtschaftsunternehmen gestärkt werden. Die Rolle der Südtiroler Landesverwaltung ist es, den Bezirk dabei zu unterstützen, die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen in der Finanzplanung zu berücksichtigen (Gender Budgeting) und die Bevölkerung in öffentliche Belange einzubeziehen (Partizipation). In den ersten Monaten des Jahres 2017 werden die Aufgaben und Ressourcen der Partner festgesetzt. Dem Land Südtirol stehen voraussichtlich 34.800,00€ zur Verfügung, die vom AICS finanziert werden, und es wird die Arbeit der Mitarbeiterinnen des Amtes für Kabinettsangelegenheiten mit voraussichtlich 3.150,00€ bewerten.

Die entsprechende Vereinbarung mit den genauen Beträgen muss noch unterzeichnet werden.

Libanon und Jordanien

Das Projekt „Unterstützung von syrischen Flüchtlingen in Jordanien während des Winters“ des UNO Flüchtlingshilfswerk UNHCR in Jordanien sowie das Projekt „Unterstützung der von der syrischen Krise betroffenen Gemeinden durch die Stärkung der sozialen Stabilität und die Schaffung von Ausbildungskursen und Dialog zwischen Jugendlichen“ der Nichtregierungsorganisation GVC, die beide vom Land in der zweiten Hälfte des Jahres 2016 unterstützt wurden, werden in den ersten Monaten des Jahres 2017 abgeschlossen. Durch diese beiden Projekte sollen sowohl die Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern in Jordanien als auch die Berufsausbildung für syrische Flüchtlinge und libanesischen Jugendliche verbessert werden.

Das Projekt von UNHCR wird vom Amt für Kabinettsangelegenheiten mit 140.000,00€ unterstützt und sieht Initiativen für Familien in schwierigen Situationen vor, die im Flüchtlingscamp Azraq und in städtischen Gegenden leben. 1.000 Familien wurden mit Heizöfen versorgt, 769 Familien erhielten eine finanzielle Unterstützung zur Vorbereitung auf den Winter (winterisation cash assistance). Das Projekt von GVC wurde mit 150.000,00€ finanziert und kommt syrischen Flüchtlingen und libanesischen Jugendlichen im Bekaa Tal zugute.

Irak

Seit 2015 finanziert das Land Südtirol ein Projekt der „Jiyan Foundation for Human Rights“ mit Sitz in Erbil, um Traumatherapeuten in der Region Kurdistan im Irak zu unterstützen. In der Region legen Hunderttausende Binnenflüchtlinge sowie syrische Flüchtlinge, die aus Kriegsgebieten geflüchtet sind. Viele Flüchtlinge sind Opfer von oft religiös motivierter Gewalt sowie des gezielten Genozids aber auch des Sklavenhandels. Besonders gravierend ist die Situation der Jesiden und Christen, die seit Jahren Verfolgungskampagnen ausgesetzt sind. Ziel des Projekts ist es, den Opfern von Gewalt eine angemessene Therapie anzubieten, mit dem Ziel das psychologische sowie emotionale Gleichgewicht der traumatisierten Opfer, vor allem Frauen und Kinder, wiederherzustellen.

Das Projekt wurde Ende 2016 erfolgreich abgeschlossen; es wurden 20 Mitarbeiter der Jiyan Foundation Behandlungszentren in Erbil, Sulaymaniyah, Chamchamal, Duhok, Halabja und Kirkuk in Kunsttherapie ausgebildet. Die kurdischen Behörden standen dem Projekt positiv gegenüber, da die Notwendigkeit von gut ausgebildeten Therapeuten gesehen wird. Als besonders positiv wird vor Ort geschätzt, dass das Projekt lokales Personal ausbildet und die Nachhaltigkeit somit besser gewährleistet wird. Internationale Organisationen entsenden vor allem Experten für kurze Zeiträume, ein nachhaltiges Arbeiten zugunsten von traumatisierten Menschen ist somit kaum möglich.

Die Jiyan Foundation möchte 2017 weitere 20 Therapeuten in Kunsttherapie ausbilden. Das Amt für Kabinettsangelegenheiten wird überprüfen, ob es möglich ist, die Fortführung dieses Projekts zu unterstützen und ob Ressourcen bereitgestellt werden können.

ASIEN

Nepal

Im Zuge der laufenden Zusammenarbeit des Landes mit der Stadtgemeinde Kathmandu wurden der Ausbau der Feuerwehr sowie des Zivilschutzes für die Stadt definiert. An vier Orten rund um die Stadt soll je eine neue Feuerwache mit 16 Mann errichtet werden soll. Im Zentrum von Kathmandu soll die Hauptwache saniert oder neu aufgebaut werden.

Der Bürgermeister von Kathmandu bat die Südtiroler Landesverwaltung um Unterstützung in der Planung und im Aufbau einer ersten Pilotstation.

Ein weiteres direktes Projekt des Landes in Nepal wird im Bereich Bergrettung umgesetzt. Bereits seit 2012 vermitteln Südtiroler Experten nepalesischen Medizinerinnen und Sherpas Techniken der Bergrettung und Notfallmedizin.

Aufgrund dieser Erfahrungen wurde gemeinsam beschlossen, ein Zivilschutzzentrum aufzubauen, das auch als Ausbildungszentrum für Bergretter und Notfallmediziner in der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu dienen soll. Langfristig will man im höchstgelegenen Bergland der Welt, in dem bislang zahlreiche Hilfsorganisationen unkoordiniert arbeiten, ein effizientes einheimisches Rettungssystem aufbauen und so die Sicherheit im Himalaya erhöhen.

Im Jahr 2016 fanden verschiedenen Aussprachen mit allen beteiligten Partnern vor Ort statt, um die Möglichkeit zu überprüfen, ein einziges Zivilschutzzentrum aufzubauen, das als Ausbildungsstätte für die Bergrettung sowie für die Feuerwehr genutzt werden kann. Nachdem sich die Gemeinde Kathmandu, die Himalayan Rescue Association (HRA), das Land Südtirol und die Europäische Akademie Bozen mit der Unterzeichnung einer Absichtserklärung für die Errichtung dieses Zivilschutzzentrums ausgesprochen haben, konnte die eigentliche Planung begonnen werden.

Der Bergrettungsdienst im Alpenverein Südtirol hat daraufhin gemeinsam mit der Berufsfeuerwehr Bozen und dem Institut für Alpine Notfallmedizin der Europäischen Akademie Bozen einen Entwurf für das Gebäude ausgearbeitet, der zwei getrennte Gebäude vorsieht, um die Aktivitäten der permanenten Feuerwache von jener der Bergrettung klar getrennt zu halten. Das gemeinsame Zentrum mit zwei zusammengebauten Gebäuden und einer gemeinsamen Übungshalle in der Mitte wird modular aufgebaut, damit im Zuge einer Vergrößerung eventuell neue Räume dazu gebaut werden könnten.

In der ersten Jahreshälfte des Bezugsjahres werden die Details für die Finanzierung, Errichtung und Verwaltung des Zentrums definiert und anlässlich des Besuches des Landeshauptmannes in Kathmandu im März 2017 wurde eine Absichtserklärung unterzeichnet. Vorgesehen sind derzeit rund 500.000,00 € für den Bau des gegenständlichen Zivilschutzzentrums, wobei das Grundstück von

der Gemeinde Kathmandu zur Verfügung gestellt wird. Ebenfalls ist diese für die Ausschreibung und die Vergabe des Auftrages an ein lokales Unternehmen verantwortlich. Im Laufe des Lokalausgleichs konnten weitere Eckpunkte für das Projekt definiert.

SÜDAMERIKA

Ecuador

2017 wird das von der Europäischen Kommission finanzierte Projekt im Norden Ecuadors, an dem sich das Land Südtirol als Partner beteiligt, abgeschlossen. Dessen spezifisches Ziel war es, die Zivilgesellschaft und politische Partizipation zu stärken, die Inklusion, den Pluralismus und den Schutz der Menschenrechte zu fördern. Im Rahmen dieses Programms, welches in Zusammenarbeit mit der Föderation der nördlichen Provinzen Ecuadors (Mancomunidad del Norte – Provinzen Esmeraldas, Carchi, Imbabura und Sucumbios), der Nichtregierungsorganisation COSPE (Cooperazione per lo Sviluppo dei Paesi Emergenti) und der Autonomen Provinz Bozen umgesetzt wurde, sollte die Verwaltung der autonomen Regierungen der „Mancomunidad del Norte“ von Ecuador, durch die Umsetzung partizipativer Prozesse und die Methode der ergebnisorientierten Steuerung gestärkt werden. Das Land Südtirol hat im Jahr 2014-2015 im Rahmen von drei Missionen durch Experten der Verwaltung sowohl für die ergebnisorientierte Steuerung als auch für Partizipation an den Seminaren in Ecuador teilgenommen. Im Juni 2015 hat eine vom Land organisierte einwöchige Weiterbildung in Bozen stattgefunden, an der verschiedene Beamte der vier Provinzen der „Mancomunidad“ teilgenommen haben. Ziel der Weiterbildung war es, den Teilnehmern einen Einblick in die öffentliche Verwaltung des Landes und in die Nutzung des geographischen Informationssystems GIS zu gewähren und Erfahrungen im Bereich der partizipativen Planung auszutauschen. 2015 wurde eine Zusammenarbeit mit einem Experten in GIS (Geoinformationssystem) der Abteilung Informatik aufgenommen, diese wurde 2016 durch eine Mission in Ecuador gestärkt.

Der Austausch mit Südtirol war der wichtigste Aspekt des Projekts: Experten des Landes schulten die Verwalter in Ecuador über Sammlung und Veröffentlichung von Daten, die die Analyse und Planung für öffentliche Einrichtungen ermöglichen. Zudem wurde auch die Landesplattform OpenData vorgestellt, die die Lesbarkeit von Daten für eine lokale Entwicklung erleichtert.

OSTEUROPA

Bosnien – Herzegowina

Im Zuge eines Lokalausgleichs in Srebrenica im November 2015 fand zwischen Vertretern von Südtiroler Organisationen, dem zuständigen Amt des Landes Südtirol und dem Bürgermeister von Srebrenica eine Aussprache bezüglich einer möglichen Partnerschaft statt. Der Bürgermeister von Srebrenica bekräftigte im

Jahr 2016 in einem Brief an den Landeshauptmann den politischen Willen, eine Zusammenarbeit mit dem Land Südtirol vor allem im Bereich der Landwirtschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung aufbauen zu wollen. Es wurde hervorgehoben, dass Srebrenica optimale Natur- und Umweltbedingungen für die Entwicklung von landwirtschaftlichen Initiativen aufweisen könne, vor allem in Bezug auf den Obst- und Getreideanbau sowie die Bienenzucht. Auf den Ressourcen des Gebietes aufbauend, sollte die Zusammenarbeit vor allem nachhaltige Initiativen zur Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimatdörfer vorsehen, u.a. Ausbildungsprogramme im Bereich der Landwirtschaft, Viehzucht und Bienenzucht, sowie den Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen wie Traktoren, die sich für das Gelände rund um Srebrenica eignen, aber auch die Planung von Tropfbewässerungssysteme - oder anderer nachhaltiger Systeme – und die Unterstützung für den Bau von Lagerhallen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Beratung und Unterstützung für den Anbau von Äpfeln, Pflaumen, Birnen, Walnüssen, Himbeeren, für die optimale Bedingungen bestehen.

Das Land möchte nun auf der Grundlage dieser Anfrage eine Zusammenarbeit mit der Organisation aus Padua „Landwirte ohne Grenzen“ initiieren, welche seit 2013 in diesem Gebiet ein Projekt für den Anbau von Buchweizen durchführt. Das Projekt wurde auf Wunsch von jungen Familien, die in der Fraktion Osmače, einem muslimischen Dorf in den Bergen rund um Srebrenica, ca. 970 m über dem Meeresspiegel, geboren sind, in die Wege geleitet. Dieses Projekt, das den Anbau von ca 13 ha Buchweizen ermöglicht hat, hat den jungen Rückkehrern die Möglichkeit geboten, sich den Lebensunterhalt mit der Landwirtschaft zu verdienen.

Aufgrund einer Analyse der aktuellen Bedürfnisse, die vom Verein „Landwirte ohne Grenzen“ durchgeführt wurde, will das Land Südtirol vor allem die Ausbildung/Beratung im Bereich des Obstbaus und den Ankauf und die Verteilung von Saatgut, Geräten und sonstigen landwirtschaftlichen Produktionsmitteln sowie die Weiterverarbeitung und Verpackung von Produkten mittels der Renovierung einer alten Mühle für junge Produzenten der Dörfer Osmače und Brezani unterstützen. Über die italienische Entwicklungszusammenarbeit wurde in den letzten Jahren der Aufbau einer Genossenschaft für den Vertrieb von kleinen Früchten unterstützt.

Albanien

Im Jahr 2016 ist von der italienischen Agentur für die Entwicklungszusammenarbeit ein Drei-Jahres-Projekt zur ländlichen Entwicklung der Zadrime-Ebene in Nordalbanien genehmigt worden, an dem auch das Landesamt für Kabinettsangelegenheiten mitwirkt. Demnach soll der jungen Generation der dortigen Landwirte das Wissen vermittelt werden, um auch in Zukunft von der Landwirtschaft angemessen leben zu können und der Landflucht und Auswanderung entgegenzuwirken. Dazu zählen vor allem das Know-how über den Biolandbau und den nachhaltigen ländlichen Tourismus, wie er sich auch in Südtirol erfolgreich etabliert hat. Das Projekt umfasst ein Gesamtbudget von rund 1,67 Millionen Euro, 100.000,00 Euro kommen vom Land Südtirol.

Das Hauptziel des Projektes ist vor allem die qualitative aber auch quantitative Steigerung der Produktion der kleinbäuerlichen Betriebe: Sie bauen Obst und Gemüse an und halten und züchten Ziegen und Schafe. Während der Verein der Biobauern aus dem Veneto das notwendige Know-how zum biologischen Anbau liefert, liegt die Aufgabe Südtirols in der Organisation einer Fortbildung für Jungbauern und -bäuerinnen aus der Zadrima-Ebene in Südtirol. Darin teilen einheimische Landwirte ihre Erfahrungen mit dem erfolgreichen Modell des ländlichen Tourismus, wie er in Südtirol unter dem Begriff Urlaub auf dem Bauernhof angeboten wird, mit den albanischen Jungbauern. Ziel ist es, die nordalbanischen Bauern hin zu einer erfolgreichen Führung von Gastbetrieben in ihrem ländlichen Gebiet zu begleiten. Auf diese Weise sollen die jungen und arbeitsamen Menschen dieser Gegend bessere Chancen erhalten, in Zukunft ihre Wertschöpfung zu erhöhen, um den Familien aus ihren heimischen Kleinbetrieben ein angemessenes Auskommen zu ermöglichen. Aus einem eigenen Fonds sollen Zadrima-Bauern Zugang zu Finanzierungen erhalten, um Projekte im Bereich des Biolandbaus und des ländlichen Tourismus zu konzipieren und durchzuführen. Zusätzlich führt das Frauenzentrum der Stadt Scutari in Nordalbanien, einer der Projektpartner, eine Studie durch, die die Rolle der Bäuerinnen in der Landwirtschaft aufzeigt und dazu beiträgt, das Potential der Frauen in der Gesellschaft zu stärken. Bereits in der Ausarbeitung des Projektes hatte das Amt für Kabinettsangelegenheiten, zuständig für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes Südtirol, alles drangesetzt, einen eigenen Kurzlehrgang für die weiblichen Gäste aus der Zadrima-Ebene zu organisieren. Erfreulicherweise hat es die Zusage der Südtiroler Bäuerinnenorganisation erhalten, diesen mit Hilfe ihrer Mitglieder und in Zusammenarbeit mit den Fachschulen für Hauswirtschaft und Ernährung aktiv mitgestalten zu wollen.

Minderheitenschutz

Vorhaben zugunsten der tibetischen Bevölkerung im Exil

Zur Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen der in ihrer Heimat unterdrückten tibetischen Minderheit, wird das Land Südtirol im laufenden Jahr erneut die tibetischen Flüchtlinge in Indien mit Projekten unterstützen.

Das Land hat letzthin mit einem Gesamtbeitrag in Höhe von 44.000,00€ (1. Zahlung 12.000,00€ und 2. Zahlung 32.000,00€) ein zweijähriges landwirtschaftlichen Pilotprojekt in einer der 39 tibetischen Siedlungen, Bylakuppe in Südindien unterstützt, das Maßnahmen zur Einführung der Tropfenbewässerung, Fortbildungsmaßnahmen, Produktion von verbessertem Saatgut sowie den Aufbau von Gemüsevorzeigegärten zum Inhalt hat und sich somit den Aufbau einer modernen nachhaltigen Landwirtschaft zum Ziel setzt.

Vom 17. Mai bis zum 28. Mai 2016 waren tibetische Experten aus Dharamsala in Indien auf Einladung des Amtes für Kabinettsangelegenheiten in Südtirol und des

Versuchszentrums Laimburg zu Besuch. Die zwei Agrartechniker Dhondup Tsering und Tenzin Losel vom Innenministerium der tibetischen Exilregierung in Dharamsala konnten in der zweiwöchigen Lehrfahrt insgesamt sechs landwirtschaftliche Modellbetriebe in Südtirol kennenlernen. Im Land- und Forstwirtschaftlichem Versuchszentrum Laimburg, das aktiv am Pilotprojekt in Indien beteiligt ist und ihr technisches Know How zur Verfügung stellt, erhielten sie auch Einblicke in die verschiedenen Lagertechniken und Bewässerungssysteme. Anlässlich des Besuches der Delegation im Mai 2016 wurde den zwei tibetischen Vertretern ein Folgeprojekt in Aussicht gestellt, das mit Erfolg durchgeführte Maßnahmen in anderen Siedlungen replizieren soll.

Es wurde ein Folgeprojekt eingereicht, um die bereits durchgeführten Initiativen in der Siedlung Bylakuppe auf andere tibetische Siedlungen auszudehnen, insbesondere die erlernten Methoden zur Tropfenbewässerung. Der Projektantrag sieht die Vergabe von Kleinkrediten an Landwirte vor, um das erlernte Wissen konkret umzusetzen. Außerdem sollen für bereits bestehende Frauengruppen Betriebsmittel für die Verarbeitung von Lebensmitteln zur Verfügung gestellt und den Jungbauern Kurse angeboten werden. Einen weiteren Fokus legt der Projektantrag auf die Erarbeitung von Marketingstrategien für den Verkauf der Produkte.

Während des Lokalaugenscheins einer Südtiroler Delegation im März diesen Jahres hat die tibetische Exilregierung dem Land ein prioritäres Projekt vorgestellt, um die Kommunikation durch Ausbau der Radio- und Fernsehstation der Exilregierung zu verstärken. Weiters will das Land in Zusammenarbeit mit der tibetischen Exilregierung auch eine Konferenz über Minderheiten und Autonomie veranstalten.

Myanmar

Ein Projekt, das sich den Schutz der Minderheit Pa-O in dem autonomen Gebiet Ho pong Nahe der Stadt Taunggyi im Shan Staat in Myanmar zum Ziel setzt, wurde über eine Südtiroler Organisation eingereicht. Myanmars Bevölkerung weist eine hohe Analphabetenrate auf mit einer geringen Anzahl von berufstätigen Frauen. Über die Unterstützung von 150 landwirtschaftlichen Kleinbetrieben mit Ausbildungsmaßnahmen sollen alternative Wirtschaftskreisläufe zum Anbau von Mohn im Gebiet Ho pong geschaffen werden.

Die Vertreterin von AVSI Myanmar konnte während eines Besuches in Südtirol die Problematiken im Zusammenhang mit dem Minderheitenschutz erläutern. In Myanmar existieren derzeit rund 55 ethnische Gruppen, die schutzbedürftig sind. Sie stellte außerdem die bereits erzielten Ergebnisse in der Landwirtschaft vor, u.a. der Anbau von Soja anstelle des Anbaus von Mohn, die Schaffung von Modellbetrieben für Trainingszwecke und Maßnahmen, um die hohe Mangelernährung (38% der Bevölkerung ist betroffen) zu reduzieren. AVSI wird sich gemeinsam mit der Autonomen Provinz Bozen an der nächsten Ausschreibung der italienischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit

beteiligen. Ein integriertes ländliches Entwicklungsprogramm, das sich den Schutz von Minderheiten in Myanmar zum Ziel setzt, soll ausgearbeitet und zur Finanzierung eingereicht werden.

Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Sendereihe und der Internetplattform „Minet“

Die TV-Senderreihe „Minet – Minderheitenmagazin“, die seit dem Jahr 2004 ausgestrahlt wird, ist als Fernsehprogramm des Rai Sender Südtirols eines der wichtigsten Informationsinstrumente im Bereich Minderheiten für die Südtiroler Bevölkerung. Thematisiert wurden unterschiedliche Aspekte zu Minderheiten, die am Beispiel europäischer aber auch außereuropäischer Minderheiten aufgegriffen und behandelt werden. Zudem wurde vor einem Jahr die dreisprachige Internetplattform www.minet-tv.com online eingerichtet. In fast allen Ausgaben des Minderheitenmagazins konnten Schwerpunkte im Bereich der Bewusstseinsbildung und Entwicklungszusammenarbeit behandelt werden. Auch im laufenden Jahr werden Themen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sowie der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes behandelt. Die thematischen Schwerpunkte für das Bezugsjahr sind folgende: Nachhaltige Entwicklungsziele, die Krise im Nahen Osten, Ursachen der Migration sowie die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit angesichts des aktuellen Weltgeschehens.

Bewusstseinsbildung und globales Lernen

Förderung der Projekte der Organisationen

Die Südtiroler Organisationen sind wichtige Akteure der Bewusstseinsbildung und des globalen Lernens. Sie sind Träger vieler Initiativen, die sich zum Ziel setzen, die Südtiroler Bevölkerung über entwicklungspolitisch relevante Themen zu informieren und sensibilisieren.

Die Projektvorschläge für Initiativen im Bildungsbereich für das Jahr 2017 sind von den Organisationen innerhalb 31. Oktober 2016 eingereicht worden. Die Bewertung und Genehmigung der Projekte wurde im Januar 2017 abgeschlossen. Insgesamt wurden für das laufende Jahr 19 Projekte mit einer Gesamtfinanzierung von 441.057,00€ genehmigt.

Die Projekte der Organisationen behandeln verschiedene Themenbereiche: Migrationsursachen, humanitäre Krisen und Konflikte, alternative und nachhaltige Finanzierungsformen wie fairer Handel, Partnerschaften zwischen Nord und Süd sowie Solidarität zwischen Völkern, Menschenrechte.

Viele Initiativen richten sich an ein junges Publikum, das an Themen wie Entwicklungszusammenarbeit, verantwortlichen Konsum und Migrationsursachen herangeführt werden soll. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Förderung von Initiativen, die einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis der Probleme

der Minderheiten in Zusammenhang mit der Bewahrung und dem Schutz ihrer Rechte leisten.

In diesem Jahr soll die Zusammenarbeit mit und zwischen den Akteuren der Bewusstseinsbildung verstärkt werden. Anfang Januar hat bereits ein erster Koordinierungstisch stattgefunden, mit dem Ziel, sich über die für 2017 geplanten Aktivitäten auszutauschen und eine Zusammenarbeit zwischen Organisationen, die zu ähnlichen Themen arbeiten, anzuregen. Die Organisationen haben dabei das Amt für Kabinettsangelegenheiten gebeten, mehrmals pro Jahr Netzwerktreffen zu veranstalten, um die Zusammenarbeit zu spezifischen Themen, wie z.B. Fluchtursachen und ein alternatives Wirtschaftssystem zu verbessern.

Projekte und Initiativen des Landes

In Rahmen der Bewusstseinsbildung und des globalen Lernens werden neben den von den Organisationen und Freiwilligen vorgeschlagenen und durchgeführten Projekten auch Initiativen unterstützt, die direkt vom Land Südtirol initiiert und koordiniert werden, wie etwa spezifische Konferenzen oder Informationsabende zu den gemeinsam mit den Südtiroler Organisationen vereinbarten Schwerpunktthemen. Die Schwerpunkte, die für das Jahr 2017 bereits ausgewählt wurden, betreffen folgende Themenbereiche: Minderheiten in Konfliktregionen sowie Migrations- und Fluchtursachen.

Auch 2017 soll es eine gemeinsame Veranstaltung geben, für die die Organisationen bis Ende Februar Vorschläge einreichen konnten.

Im Februar 2017 organisierte die Gesellschaft für bedrohte Völker in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kabinettsangelegenheiten einen Abend zur Situation im Nordirak. Es referierte Salah Ahmad, Psychotherapeut und Präsident der Jiyan Foundation. Das Amt für Kabinettsangelegenheiten finanziert ein Projekt der Stiftung.

Der Südtiroler Landtag hat am 15. September 2016 den Beschlussantrag 663/2016 genehmigt, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, Initiativen im Gebiet von Rojava zu unterstützen, mit dem Ziel, ein autonomes Gebiet zu unterstützen. Im April 2017 wird das Amt für Kabinettsangelegenheiten als direktes Projekt des Bewusstseinsbildung mit der Gesellschaft für bedrohte Völker und der EURAC eine Tagung zu den demokratischen und autonomen Bestrebungen in Rojava organisieren.

Das Amt beteiligt sich auch am Projekt „Stimmen von den Grenzen: die Globalisierung aus Sicht der Grenzen und Peripherien“ der Nichtregierungsorganisation Amref Health Africa Onlus. Das 18-monatige Projekt läuft 2017 an und wird von der Italienischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit mit 500.000,00€ kofinanziert. Ziel des Projekts ist es, in Italien ein Netzwerk aufzubauen, um die Bevölkerung und öffentliche Entscheidungsträger über Migrationsursachen zu informieren.

Das Amt für Kabinettsangelegenheiten wird von der italienischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit AICS mit einem Betrag von 10.000,00€ kofinanziert und trägt mit eigenen Ressourcen über 2.500,00€ zum Projekt bei.

Das Projekt integriert sich in einen Projektantrag mit denselben Zielen und mit dem Titel "Snapshots from the borders – Small towns facing the global challenges of Agenda 2030", den die Gemeinde Lampedusa bei der Europäischen Union eingereicht hat (Ausschreibung EuropeAid/151103/DH/ACT/Multi-4 "Raising public awareness of development issues and promoting development education in the European Union"). 30 Körperschaften und Organisationen aus 14 europäischen Ländern, darunter das Land Südtirol, möchten sich als Partner am dreijährigen Projekt beteiligen. Der Projektantrag wurde von der EU am 6. März gutgeheißen. Nach Abschluss der noch ausstehenden administrativen Kontrollen bezüglich der teilnehmenden Partner wird die definitive Mitteilung erwartet.

Ein weiteres Ziel der Entwicklungszusammenarbeit des Landes ist es, zur Unterstützung des fairen Handels und der unternehmerischen Fähigkeiten in den Partnerländern beizutragen. Das Politecnico Mailand hat eine Methode entwickelt, um die Wirksamkeit von Projekten zur Stärkung der wirtschaftlichen Fähigkeiten in einem Entwicklungskontext zu überprüfen. Zudem ist es Aufgabe der Südtiroler Landesverwaltung, die Wirkung und Effizienz der finanzierten Projekte zu überprüfen. Das Amt für Kabinettsangelegenheiten wird daher im Zeitraum von 18 Monaten gemeinsam mit dem Politecnico diese Methode in zwei Projekten von CTM Altromercato anwenden, um zu überprüfen, ob sie die geplanten Ziele erreicht haben. Beide Projekte wurden vom Amt für Kabinettsangelegenheiten im Jahr 2016 finanziert. Es handelt sich um die Projekte „Verbesserung der zentralen Produktionsstätte der Organisation Meru Herbs zugunsten der landwirtschaftlichen Kleinproduzenten des Bezirks Tharaka“ in Kenia sowie „Programm zum Wiederaufbau nach dem Erdbeben - Partner Fair Trade“ in Nepal. Im Jahr 2017 soll die Vereinbarung mit dem Politecnico geschlossen sowie die Projektaktivitäten aufgenommen werden.

Kommunikation und Transparenz

Ein vorrangiges Ziel ist auch über die Arbeit der Entwicklungszusammenarbeit auf Landesebene zu berichten. Die Bürger und Bürgerinnen sollen über die Rolle, die Bedeutung und den Nutzen der Entwicklungszusammenarbeit in ihren verschiedenen Formen informiert werden u.a. auch über die zahlreichen Notstandsmaßnahmen bei Krisen- und Konfliktsituationen. Vor allem soll vermittelt werden, welche Rolle die Entwicklungszusammenarbeit bei der Armutsreduzierung und für ein nachhaltiges Wachstum spielen kann.

Ein Instrument hierfür ist die Webseite des Landes mittels welcher man die Kommunikation der Entwicklungszusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft verbessern möchte, um ein breiteres Publikum zu erreichen. Die neuen Medien werden insbesondere von den Jugendlichen vermehrt genutzt und sind daher eine wichtige Plattform für die Vorstellung der Projekte und Programme des Amtes.

2017 soll das neue Internetportal online gehen, über das neben Fotos und Videos auch Interviews und Reportagen abrufbar sein werden.

Die Online- Datenbank, in der ca. 2.000 vom Land Südtirol seit 1991 unterstützte Projekte angeführt sind, wird wie jedes Jahr ajourniert und ist online abrufbar.

Die Inhalte der Landeswebseite werden auch über die Facebook Seite der Entwicklungszusammenarbeit „APB Entwicklungszusammenarbeit“ kommuniziert.

Im Jahr 2017 wird die Kommunikation durch Video fortgeführt. Insbesondere soll eine Videoproduktion zum grenzüberschreitenden Euregio Programm zusammen mit einer Wanderausstellung und einer Broschüre verfasst werden. Mitgetragen werden auch TV-Produktionen, welche Themen wie Minderheitenschutz, Entwicklungszusammenarbeit und Bewusstseinsbildung behandeln.

Humanitäre Hilfe und Wiederaufbau

Bei Naturkatastrophen, Krisensituationen, Hungersnöten und in instabilen Post-Konflikt-Gebieten leistet das Land Südtirol im Rahmen seiner Möglichkeiten auch schnelle Hilfe.

Zu den Ländern, in denen Südtirol in der Vergangenheit humanitäre Hilfe geleistet hat, gehören Bosnien und Herzegowina, Kosovo, die Tsunami-Gebiete in Indonesien, Indien und Sri Lanka, Palästina, das Horn von Afrika und andere betroffene Gebiete in Afrika. Ziel ist es, den Katastrophenopfern schnell Hilfe zukommen zu lassen, die Not zu lindern und die Betroffenen soweit zu unterstützen, dass sie ihre Integrität und Würde bewahren können. Konkrete Beispiele für humanitäre Hilfe sind die Bereitstellung von Zelten, Decken und anderen lebensnotwendigen Gütern wie Medikamente, Nahrungsmittel und medizinische Geräte.

Da im vergangenen Jahr eine Sonderausschreibung zur Unterstützung von entwicklungsorientierten humanitären Projekten stattgefunden hat, wurde eine große Anzahl von Projekte in sogenannten Krisengebieten wie z.B. Irak, Syrien, Libanon im Nahen Osten oder Zentralafrikanische Republik und Südsudan in Afrika über diese außerordentliche Finanzierungsschiene unterstützt.

Nur in Folge des verheerenden Erdbebens in Ecuador vom 16. April 2016 stellte die Südtiroler Landesregierung daher eine Soforthilfe von 60.000,00€ zur Verfügung. 40.000,00€ gingen an die Erzdiözese Portoviejo, die mit den Geldern Lebensmittel und notwendige Güter für die betroffene Bevölkerung ankaufen konnte. Mit 20.000,00€ unterstützte die Nichtregierungsorganisation AVSI 20 Familien, die vom Erdbeben schwer getroffen und deren Wohnungen verwüstet wurden.

Die beiden Notstandsprojekte wurden 2016 direkt nach dem Erdbeben umgesetzt und abgerechnet.

Weite Teile Mitteleuropas wurden im Juni 2013 von verheerenden Unwettern heimgesucht. In einigen Gebieten Deutschlands und Österreichs wurden zahlreiche Infrastrukturen durch diese Hochwasserkatastrophe stark beschädigt. Daraufhin hat die Landesregierung in ihrer Sitzung vom 10.06.2013 beschlossen,

sowohl dem österreichischen Bundesland Tirol als auch dem deutschen Freistaat Bayern eine finanzielle Soforthilfe zu gewähren.

Auf Vorschlag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration wurde der Beitrag in Bayern für die Beseitigung von Hochwasserschäden an der Orthopädischen Kinderklinik Aschau verwendet. Das Projekt wurde umgesetzt und wird zurzeit abgerechnet.

Die Tiroler Landesregierung entschied hingegen die bereitgestellten Mittel zur Beseitigung von Hochwasserschäden an der öffentlichen Infrastruktur (Bauhof, Feuerwehrhaus, Klärwerk usw.) der Gemeinden Kössen und Waidring einzusetzen. Für das Projekt „Beseitigung von Hochwasserschäden an der öffentlichen Infrastruktur der Gemeinden Kössen und Waidring“ des Landes Tirols wurde eine Verlängerung der Vereinbarung bis Ende Juni 2017 gewährt.

In Folge von Erdbeben wurden in den letzten Jahren verschiedene Wiederaufbaumaßnahmen unterstützt. So wurde in Ocre in der Region Abruzzen der Aufbau eines Kulturzentrums und in Finale Emilia in Emilia Romagna der Bau einer Schule finanziert.

2017 wird von der Abteilung Präsidium und Außenbeziehungen infolge des schweren Erdbebens in Mittelitalien im Jahr 2016 die Ko-Finanzierung eines Projekts der Provinz Trient zum Bau eines Studentenheims für die Universität Camerino begleitet.

Bereitstellung von abgeschriebenen beweglichen Gütern für Entwicklungsprojekte

In den letzten Jahren wurden vermehrt Gerätschaften, Ausrüstungen und Fahrzeuge, die in Südtirol nicht mehr verwendet werden, aber noch funktionstüchtig sind, für die Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt. Es handelt sich dabei v.a. um medizinische sowie informationstechnische Geräte und Ausstattung für die von Seiten der Organisationen und Einrichtungen im Süden großes Interesse besteht. Das Amt sorgt für die Bewertung der Projekte und der Organisationen, für welche die Geräte bereitgestellt werden.

Zwischen 2017 und 2019 werden sechs nicht mehr genutzte Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr zugunsten der Feuerwehren in Nepal und Moldawien bereitgestellt.

Projektkontrollen

Im Laufe des Jahres 2017 werden die Kontroll- und Bewertungsmaßnahmen für laufenden oder abgeschlossenen Projekte und Programme verstärkt, im Sinne der geltenden Kriterien gemäß Gesetz Nr. 5/1991, mit dem Ziel Effizienz, Relevanz, Nachhaltigkeit und Wirksamkeit der geförderten Entwicklungsinitiativen zu gewährleisten. Die Stichprobenkontrollen erfolgen entweder mittels Lokalaugenschein oder durch Überprüfung der Projektdokumentation bei den Projektträgern bei Kontrollen von Projekten der Bewusstseinsbildung.

Im November 2016 fand ein Lokalaugenschein in Kamerun statt, wobei ein Projekt vom Verein Etica Mundi unter der Vereinbarung 45/2014, das nach dem Zufallsprinzip ausgelost wurde, einer genauen Kontrolle unterzogen wurde. Außerdem wurden weitere 7 Projekte begutachtet, welche in den letzten fünf Jahren vom Land Südtirol unterstützt wurden.

Im März 2017 besuchte der Landeshauptmann mit einer Delegation aus Experten der Entwicklungszusammenarbeit Nepal sowie die tibetische Exilregierung in Indien und besichtigte bei dieser Gelegenheit mehrere Projekte, die von der Entwicklungszusammenarbeit des Landes kofinanziert wurden.

Neues Landesgesetz zur Entwicklungszusammenarbeit

Am 1. Jänner 2016 ist das neue staatliche Gesetz zur Entwicklungszusammenarbeit - "Disciplina generale sulla cooperazione internazionale per lo sviluppo" - Nr. 125 vom 11.08.2014 in Kraft getreten. Es ersetzt das Gesetz Nr. 49/1987, welches den Bereich in den letzten 30 Jahren geregelt hatte.

Mit dem neuen Gesetz wurden sowohl der Nationalrat für Entwicklungszusammenarbeit sowie die Agentur für Entwicklungszusammenarbeit (www.agenziacooperazione.gov.it) eingerichtet und die Rolle neuer Akteure wie auch jene der Regionen und autonomen Provinzen hervorgehoben. Im Nationalrat, der aus 48 Mitgliedern besteht, sind die Zivilgesellschaft, die Non-Profit-Organisationen, die Genossenschaften und sozialorientierten Unternehmen, die ethischen Bankinstitute, die Migranten- und Gewerkschaftsorganisationen sowie auch die Regionen und autonomen Provinzen vertreten. Innerhalb dieses beratenden Organs sind vier thematische Arbeitsgruppen eingerichtet worden, welche folgende Bereiche abdecken: Maßnahmen zur Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung: Kohärenz, Wirksamkeit und Evaluation; Strategien und Richtlinien der italienischen Entwicklungszusammenarbeit; Die Rolle des privaten Sektors in der Entwicklungszusammenarbeit sowie Migration und Entwicklung. Mit diesen Arbeitsgruppen sollen die Arbeiten des Beirates implementiert und inhaltlich aufgewertet werden. Sowohl im Beirat als auch in den Arbeitsgruppen sind die Vertreter der Regionen und autonomen Provinzen eingebunden, wobei das Land Südtirol bei der ersten Arbeitsgruppe mit dem Thema „Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung: kohärente Politiken, Effizienz, Evaluierung“ mitarbeitet.

Im Januar 2016 wurden auch erste Richtlinien für nichtgewinnorientierte Organisationen bezüglich der Akkreditierung bei der neuen Agentur veröffentlicht. Weitere Regelungen, insbesondere Durchführungsbestimmungen zum neuen Staatsgesetz, sind noch ausständig.

Angesichts der Notwendigkeit, das Landesgesetz in einigen Punkten zu überarbeiten und zu aktualisieren, wird im Laufe dieses Jahres in Zusammenarbeit mit den Südtiroler Akteuren ein Entwurf hierzu ausgearbeitet, der auch den neuen rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragen muss.

Liste von Experten im Bereich Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklungsarbeit des Landes besteht seit 1991 auch dank der Arbeit vieler Organisationen sowie Expertinnen und Experten, die sich im Laufe der Jahre viele Kompetenzen und Erfahrungen im Bereich angeeignet haben. Um diese Erfahrungen zu nutzen, will das Amt für Kabinettsangelegenheiten eine Liste von Experten und Expertinnen in verschiedenen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit aufstellen. Im Laufe des Jahres werden die Kriterien für die Aufnahme in die Liste veröffentlicht, und zwar auf der Webseite der Entwicklungszusammenarbeit www.provinz.bz.it/entwicklungszusammenarbeit.

Anmerkungen

Abschließend sei hervorgehoben, dass die genannten Beträge ausschließlich richtunggebenden Charakter haben und keine definitiven Finanzierungsbeiträge darstellen. Diese werden nach Überprüfung und Ausarbeitung der Projekte und Programme mit dem jeweiligen Genehmigungsakt festgelegt und können Abweichungen nach unten oder nach oben gegenüber den genannten Beträgen aufweisen.

Weiters wird im Hinblick auf alle erwähnten Aufgabenbereiche darauf verwiesen, dass die gegenständliche Auflistung der Projekte und Initiativen nicht erschöpfend ist und durch entsprechende Maßnahmen im Laufe des Jahres erweitert werden kann, sofern Änderungen oder Ergänzungen erforderlich sind. Dies kann im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und in Abstimmung mit thematischen und geografischen Prioritäten, welche auf Landes-, Nationaler, Europäischer oder Internationaler Ebene beschlossen werden, erfolgen.

Bozen, den 16.03.2017